

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Frank Schüssler
(stellv. Fraktionsvorsitzender)

frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.06.2021

Kommunale Haushaltslage im Zuge der Corona-Zwangmaßnahmenkrise (Beschlussvorschlag)

Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,

vor dem Hintergrund der im Zuge der Corona-Zwangmaßnahmenkrise wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen und einer erwartbar daraus folgenden erheblichen Schwächung des Kommunalhaushaltes:

- 1) *Es wird eine unabhängige Prüfungsgruppe einberufen, welche zeitnah Sparpotentiale im Fuldaer Kommunalhaushalt ermittelt.*
- 2) *Die dort gewonnenen Ergebnisse und daraus resultierende Empfehlungen werden anschließend der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Behandlung vorgetragen.*

Begründung:

In Folge der Corona-Zwangmaßnahmenkrise sind erhebliche Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer zu verkräften. Die wiederholte Stilllegung des öffentlichen Lebens führt zwangsläufig zu deutlichen Umsatzeinbrüchen bei Handel und Gewerbe. Die dort nicht realisierten Umsätze führen wiederum zu ausbleibenden Steuerzahlungen. Der Pegelstand in der Stadtkasse sinkt.

Angesichts wegbrechender Einnahmen sowie steigender Ausgaben, insbesondere für den Gesundheitsbereich und den Infektionsschutz, droht laut Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände für 2021 eine Finanzierungslücke von rund 10 Milliarden Euro. Nach Analysen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes können sich die Steuermindereinnahmen bis 2024 gar auf rund 50 Milliarden Euro summieren.

Im vergangenen Jahr hatten Bund und Länder die Kommunen deshalb bereits mit milliardenschweren Zuwendungen gestützt. Diese Hilfen sind zwischenzeitlich ausgelaufen, eine Verlängerung ist derzeit nicht in Sicht. Selbst wenn diese Ausgleichszahlungen doch noch eine Laufzeitverlängerung erführen, handelt es sich bei den zur Verfügung gestellten Mitteln nach wie vor um Gelder, welche letztlich doch wieder nur den Steuerzahler weiter belasten. Im Endeffekt käme hierbei lediglich das Prinzip „linke Tasche – rechte Tasche“ zur Anwendung. Alleine hieraus ergibt sich bereits ein Gebot zur Sparsamkeit.

Zusätzlich gilt es aber auch zu Berücksichtigen, daß es den über Jahrzehnte angewachsenen Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur weiter aufzulösen gilt. Die Städte und Gemeinden stemmen hierbei den Großteil der öffentlichen Investitionen. Ihre Aufträge sind gerade auch als

Impulsgeber für die heimische Wirtschaft wichtig. Zudem kommen Investitionen in die städtische Infrastruktur letztlich dem Fuldaer Gemeinwesen und damit jedem Bürger zugute.

Vor dem Hintergrund aktueller und zukünftiger erheblicher Mindereinnahmen im städtischen Haushalt sowie der gleichzeitigen Notwendigkeit weiter in Sanierung bzw. Neubau städtischer Infrastruktur zu investieren, ist eine Überprüfung und Infragestellung aller Ausgabepositionen das Gebot der Stunde. Alle nach diesen Gesichtspunkten derzeit nicht relevanten Ausgaben sind daher zu stoppen und entweder ganz zu streichen oder auf Wiedervorlage in wirtschaftlich bessere Zeiten zu verschieben.

Dies ist schmerzlich, doch unter dem Eindruck einer völlig veränderten Finanzlage führt kein Weg an Ausgabenkürzungen vorbei.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -



Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -